

Leipziger Tageblatt

und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 257

Hauptverleger: Dr. Coert, Leipzig

Donnerstag, den 5. Juni

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1919

Das Todesurteil gegen Levinie bestätigt

Die Sühne für die Münchener Schreckensherrschaft

München, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das Gesamtministerium hat das Todesurteil gegen Levinie bestätigt. Die standrechtliche Erschießung wird demnach noch im Laufe des heutigen Tages vollzogen werden.

München, 4. Juni. (Eig. Drahtber.) Der Aktionsausschuß der U. S. P. München hat an Ministerpräsident Hoffmann folgendes Telegramm geschickt:

Herr Ministerpräsident! Das Standgericht hat den Arbeiterführer Levinie-Rissen zum Tode verurteilt. Sie aber haben, Herr Ministerpräsident, die rote Armee als kriegsführende Macht anerkannt. Es wurde also ein wehrloser Kriegsgefangener standrechtlich verurteilt. Ferner: Das Mitglied Ihres Kabinetts Militärminister Schaeppenhorn wurde vom Standgericht einstimmig als Jense abgelehnt. Sie können die Verantwortung für den Vollzug dieses Urteils so lange nicht übernehmen, als die Nichtbeteiligung eines Mitgliedes Ihres Kabinetts an der Selbstführung der Räterepublik nicht einwandfrei feststeht. Wir verlangen daher die Aufhebung dieses Urteils. Als Sozialisten erinnern wir Sie an die internationalen Beschlüsse über die Aufhebung der Todesstrafe. Der Aktionsausschuß der U. S. P.

München gegen Putschversuche gesichert

München, 4. Juni. (Drahtbericht.) Ueber die Lage in München wird vom Gruppenkommando Roehl gegenüber den wilden im Lande verbreiteten Gerüchten folgender Bericht gegeben: In München herrscht Ruhe. Eine Besorgnis vor Weberkriege von Justizräten, wie sie der Monat April über München gebracht hat, ist untergründet. Doch hier und da noch von vereinzelt spartakistischen Fanatikern auf Posten

und Patrouillen geschossen wird, ist eine erklärliche Erscheinung und gehört zu den Nachwirkungen des Umsturzes. Ebenso ist es dem Gruppenkommando bekannt, daß die Spartakisten ihre Wahlarbeit fortsetzen und die Regierungstruppen zu verführen suchen. Gegen die Wählerarbeit und gegen etwaige Putschversuche sind seitens der Militärbehörden überall Vorkehrungen getroffen. Die Sicherheit der Stadt und ihrer Einwohner ist durch die getroffenen militärischen Maßnahmen gewährleistet. In diesen notwendigen Maßnahmen gehören auch die Verteidigungsanlagen vor den Kommandobehörden.

Drohender Streik der Gemeindefunktionäre. München, 4. Juni. (Drahtbericht.) Es besteht die Gefahr, daß die Münchener Gemeindefunktionäre, falls ihre Forderungen auf erhöhte Leuerungsanlagen nicht anerkannt werden sollen, in den Streik treten. Das könnte bedeuten, daß München einige Zeit ohne Licht, Gas und Wasser ist. Eine Klärung der Lage war bis zum Abend noch nicht eingetreten.

Streikdrohung des Berliner Vollzugsrates

Berlin, 4. Juni. (Drahtbericht.) Der bayerischen Regierung ist vom Großen Berliner Vollzugsrat folgendes Telegramm zugegangen: Die Berliner Arbeiterchaft ist tief empört über das Todesurteil gegen Levinie. In den bedeutendsten Betrieben Berlins besteht der feste Wille, die Arbeit niederzulegen, falls das Todesurteil vollstreckt werden sollte, was die schwere Folge haben dürfte, daß weitere Kreise der deutschen Arbeiterchaft zu dem gleichen Entschluß getrieben werden. Um das deutsche Wirtschaftsleben vor erneuten, vielleicht tödlichen Erschütterungen zu bewahren, fordern wir die bayerische Regierung auf, dafür zu sorgen, daß das Todesurteil nicht vollstreckt wird.

Zu dem Telegramm des großen Berliner Vollzugsrates sagt der 'Vorwärts', er halte es für falsch, den Kampf um Levinies Leben durch Drohungen auf eine Machtprobe hinauszu spielen; um so eindringlicher möchte er der bayerischen Regierung raten, bei ihrer Entscheidung nicht der Furcht vor Folgen, sondern der Stimme der Menschlichkeit Gehör zu geben.

Der Schlag gegen Wien

G. M. Als die österreichischen Delegierten sich auf den Weg nach Versailles machten, glaubte der 'Temps' mitteilen zu können, daß der Verband Deutsch-Oesterreich für einen etwaigen Verzicht auf den Anschluß an Deutschland reichliche Entschädigungen gewähren würde. Derselben Lockungen gab zur gleichen Zeit die scheinbar mit Objektivität urteilende, aber in ihrer Meinung allzu stark einseitig gebundene, ententistisch eingestellte 'Neue Zürcher Zeitung' als ihre Auffassung wieder. Zwar kam auch das Schweizer Blatt an der Einverleibung der deutschen Gebiete Nordböhmen und Sudetenland in den Tschechenstaat nicht vorbei, versuchte jedoch einen solchen Gewaltakt mit der neuen Folgerung zu beschönigen, daß die starke deutsche Minorität im tschechischen Staat diesen gerade zu freundschaftlichen Beziehungen zu Deutsch-Oesterreich als dem Kulturstammland dieser Minderheit hinstellen würde. Ein derartiger Gedankengang überrascht angesichts der wilden Tschechisierungsvorwürfe und der überhitzten Unbillbarkeit Prags gegenüber allem Deutschen und zeigt, zu welchen Versteigerungen Entente-Freunde kommen, wenn sie meinen, der alliierten Politik eine Ehrenrettung schuldig zu sein. Die Zürcherin stellt dann in Aussicht, daß der Böhmerwaldgau, Südmähren, das deutsche Südtirol, der südliche Teil von Kärnten und Steiermark bei Deutsch-Oesterreich bleiben und das deutschsprachige Westungarn diesem zugesagt werden würden. Solche Konzessionen würden nach der Ansicht des Blattes den Anschluß, mag er auch vom nationalen Gesichtspunkt ideale Gründe gehabt haben, reichlich aufwiegen.

Nichts ist von alledem eingetroffen. Der Viererrat greift nicht allein in schroffer Form in das Selbstbestimmungsrecht Deutsch-Oesterreich ein, sondern reißt ebenso mit dem Vertrag, der die Isolierung des Staates zwischen Wien und Brenner zur Voraussetzung hat, all die obengenannten Gebiete ab. Nichtin wird auch die Politik des französischen Vorkämpfers in Wien, Allié, und des dortigen britischen Bevollmächtigten, des Obersten Cunningham, bloßgestellt, die gewichtige politische Kreise und Parteien für die anstößigere Politik mit dem Verprechen weitgehender Zugeständnisse territorialer und wirtschaftlicher Art zu gewinnen suchten. Da die alliierten Bevollmächtigten zweifellos im Auftrage von Paris gehandelt haben, so ist die Nichterfüllung von Verheißungen nur mit einem Szenenwechsel im Rat der Alliierten zu erklären. Dafür spricht auch, daß der in St. Germain überreichte Entwurf nur einen Teil der Bedingungen enthält, den beispielsweise sogar in der territorialen Frage noch Lücken aufweist, während andere wichtige Vertragsstellen erst jetzt durchberaten werden sollen. Sehr leicht ist dieser Rückstand auf eine Aenderung des vor dem eingegangenen Standpunktes zurückzuführen. Man tut wohl den Dingen keine Gewalt an, wenn man die Gründe für die Neuinstellung in der Anschlußfrage oder — wie sich der 'Temps' ausdrückt — in der Frage der 'Annexion Wiens' durch Berlin sucht, denn diese Frage ist eben der Kernpunkt für die Haltung der Alliierten, besonders Frankreichs, das sich in der Regelung der mitteleuropäischen Fragen die erste Stimme vorbehält. Man hatte in Paris geglaubt — und die Regelung gewisser Wirtschaftskreise, die Politik der Christlich-Sozialen und die Stimmen des Großteils der Wiener Presse, die so schlecht die Ansichten der Wiener Bevölkerung widerpiegelt, schienen dem Recht zu geben —, daß man Deutsch-Oesterreich dem Anschlußgedanken innerlich völlig entfremden und zur freien Anlehnung an die Entente bewegen könnte. Inzwischen hat man aber wohl erkannt, daß der Verzicht auf den Anschluß nur unter dem Zwang der gegenwärtigen Verhältnisse erfolgen würde, daß also ein dank der Zugeständnisse des Verbandes erstarktes Deutsch-Oesterreich später zu gegebener Stunde die Vereinigung mit dem Deutschen Reich doch vollziehen möchte. Grund genug für die am das Zustandekommen eines Groß-Deutschlands besorgte französische Regierung, auch Wien gegenüber den Weg der politischen und wirtschaftlichen Strangulation als den ihr für alle Fälle sichersten zu beschreiten. Diesen Geist enthält der Entwurf von St. Germain, der obendrein ganze Teile der den Deutschen zugedachten Bedingungen wörtlich enthält.

Territoriale Zersplitterung, wirtschaftliche Abschneidung, finanzielle Unterdrückung — genau wie Deutschland gegenüber. Nur, daß sie das viel kleinere und weniger leistungsfähige Deutsch-Oesterreich noch stärker treffen würden, soweit man hier eine Steigerung überhaupt noch anwenden kann. Dazu kommen aber dann noch äußerst perfide Eingriffe in die innere Staatshoheit, die nichts Geringeres als eine Zerlegung des Deutschstums innerhalb der Grenzen des von der Entente anerkannten Staates zum Ziele haben. Die Anschlußfrage wird auffallenderweise im Vertragsentwurf nicht berührt. Dennoch ist für Zweifel kein Raum, denn die Versailler Bedingungen fordern von Deutschland die Anerkennung der Unabhängigkeit Oesterreichs. Auch das die Entente immer nur von Oesterreich, nicht von Deutsch-Oesterreich spricht, ist gegen den Anschluß zu deuten, wenn schon diese Benennung auch die raffinierte Verechnung der Alliierten künden soll. Deutsch-Oesterreich zum Kernland der ehemaligen Habsburger Monarchie und zum alleinigen Träger der ehemaligen kaiserlichen Politik zu stempeln, dem alle Lasten und Erfolgsrisiken aufzubürden wären. Und die empörende Ungerechtigkeit, die in der unterschiedlichen Behandlung der Teile des früheren Oesterreich-Ungarn und der einseitigen finanziellen Belastung Deutsch-Oesterreichs liegt, zumal da doch alle österreichisch-ungarischen Völker am Kriege gegen die Entente teilgenommen und auch Teile der schon ebendam ententefreundlichen freiwillig die Kriegspolitik mitgemacht hatten, findet sich auch in der territorialen Regelung des Viererrates. Kein Grundlag, kein Maßstab wird aufrechterhalten, sofern er einmal zugunsten von Deutschen ausschlägt. Selbstbestimmungsrecht? Ja, für Tschechen und Slowenen, nicht aber für dreieinhalb Millionen Deutsche des Böhmer- und Sudetenlandes, nicht für die Deutschen Südtirols und Südkärntens, von Marburg und Klagenfurt.

Die Arbeiterbewegung gegen den Gewaltfrieden

Die Vorbereitung zum europäischen Generalfstreik

Versailles, 5. Juni. (Drahtbericht.) Der politische Charakter der französischen Streikbewegung wird von den sozialistischen Blättern in Paris offen zugegeben.

Versailles, 5. Juni. (Drahtbericht.) Nach einer Meldung der Pariser Abendzeitung 'Ceir' werden die Führer der englischen, italienischen und französischen sozialistischen Partei, die bereits kürzlich in Mailand eine Zusammenkunft hatten, in etwa acht Tagen in Paris wieder zusammentreten, um den Arbeitergewerkschaften der drei Länder die Abhaltung eines europäischen Generalfstreiks von ein oder zwei Tagen vorzuschlagen. Die sozialistischen Führer beschließen, durch diese Resolutionen die Kraft der Arbeiterklasse und den Willen der Arbeiterschaft, sich jeder Intervention in Ausland zu widersetzen, zu beweisen.

Versailles, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Journal des Debats stellt fest, daß die Mehrheit der französischen Streiks nicht die Folge wirtschaftlicher Forderungen ist und nicht von den Gewerkschaftsführern geleitet wird. Sie brechen vielmehr auf Befehl, die von unbekanntem Stellen kommen, aus. Dieser Jahnd sei als spontane Anarchie zu bezeichnen. Die Bewegung bezweckt, wie die 'Liberte' in einem ähnlich gestimmten Artikel erklärt, nicht die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, sondern man wolle die russische Revolution retten und ihre Methoden in Frankreich einführen sowie ferner den Friedensvertrag von Versailles durch einen sogenannten Frieden der Verschönerung ersetzen.

Basel, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der 'Anast' begrüßt die gleichzeitig bei den Alliierten angekündigten Generalfstreiks und bemerkt, daß große Umwälzungen in den Entente-Ländern sich vorbereiten. Die Arbeiterschaft protestiert jetzt einmütig gegen den Gewaltfrieden. Man schätzte am Mittwoch die Zahl der in Frankreich ausständigen Arbeiter auf 600 000, in Italien auf 100 000, in Belgien auf 150 000. Die offiziellen italienischen Sozialisten verteilen neue Aufträge an das Proletariat, daß die Entente gekommen sei. Die Monarchie zu stürzen und die Diktatur des Proletariats aufzurichten.

Lugano, 5. Juni. (Drahtbericht.) Der 'Anast' meldet: Der Generalfstreik greift von Rom nach Rom über. Es finden dort Protestkundgebungen unter Mitwirkung englischer Sozialisten gegen den Gewaltfrieden und gegen Frankreich statt. Im Streikgebiet werden Truppen aller Waffengattungen zusammengezogen, worüber die Bevölkerung aufs Äußerste erregt ist.

Der Stand der französischen Streikbewegung

Versailles, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Gegenüber der Streikbewegung, die sich über Paris und ganz Frankreich ausbreitet, tritt das Interesse an den Friedensverhandlungen mehr und mehr zurück. Nach einer Aufstellung des 'Intransigent' streiken zurzeit außer den Bergarbeitern der nördlichen Kohlenwerke in Paris die Angestellten der Untergrundbahn, der Straßenbahn, der Omnibusse sowie sämtliche Transportarbeiter, Metallarbeiter, die 300 000 Mann zählen, die Bronzarbeiter, Gemischten Industriearbeiter, Schuharbeiter sowie die Arbeiter der Zuckerfabriken. Teilstreiks sind ausgebrochen unter den Textilarbeitern, Warenhausangestellten und Konfektionsarbeitern. Wahrscheinlich werden in kurzer Zeit die Schlosser, Klempner, optischen Arbeiter und Schneiderinnen ebenfalls streiken. Ferner werden die Eisenbahnangestellten die Aussetzung des Streiks; gleichermäßen planen die Bankbeamten die Wiederaufnahme des Streiks.

Versailles, 4. Juni. (Drahtbericht.) Den Abendblättern zufolge scheint die Streikbewegung in Paris und Frankreich unersättlich zu sein. Der Betrieb einiger Pariser Untergrundbahnlinien wurde teil-

weise von Streikbrechern wieder aufgenommen. Bei zahlreichen Gewerkschaften scheint die Übung zu bestehen. Die Elektriker haben in den Pariser Werksstätten teilweise zu streiken begonnen. Laut 'Populaire' haben mehrere Gewerkschaften in den Provinzstädten, namentlich in Marseille und Limoges, den Streik erklärt. In Versailles haben die Streikbeschneidungen vorläufig die Arbeit wieder aufgenommen.

Versailles, 5. Juni. (Drahtbericht.) Das Erscheinen der Zeitungen ist in Frage gestellt. Die Zeitungsdrucker streiken seit Mittwoch abend. Die Elektrikalisarbeiter werden heute über den Streikbeschuß beraten. Auch die Arbeiter der chemischen Industrie sind in den Streik getreten.

Stimmungsbild aus Versailles

Versailles, 5. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Während die Gesandtschaften in Paris von den zahlreichen Streiks beherrscht ist, kommen innerhalb der eigentlichen Friedenskonferenz heftige Gegenstände zum Ausdruck. Der 'Intransigent' kündigt in der Lederchrift eines Leitartikels an, daß Lord George eine Note vorbereite, die spätestens am Freitag veröffentlicht werde. Der Gegenstand dieser Note ist jedoch im 'Intransigent' nicht nachzulesen, da der Artikel fast ganz von der Zensur gestrichen ist. Sehr interessant ist ein Leitartikel des offiziellen 'Temps', in dem die Regierung aufgefordert wird, einen klaren Entschluß zu fassen und die Einheit mit den anderen Regierungen der Entente herzustellen. In amerikanischen führenden Kreisen erregte man, daß man die auf die Wiedergutmachung bezüglichen Abschnitte verbessern könnte, indem man wohl eine Konsolidierung, nicht aber eine Forderung der deutschen Schuld zugebe. Der allgemeine Eindruck, der sich aus allen diesen Verhandlungen ergibt, ist immer nur der, daß namentlich von englischer Seite Einwendungen gegen den Gedanken des reinen Gewaltfriedens gemacht werden. Welche Stimmung dabei innerhalb der alliierten und assoziierten Länder, insbesondere aber der kleinen Staaten herrscht, geht aus den Nachrichten über einzelne Proteste hervor, die der 'Temps' veröffentlicht. So erhebt Montenegro dagegen Einspruch, daß Serbien für die in Montenegro während des Krieges eingetretenen Verluste entschädigt wird. Montenegro verlangt weiter den Abmarsch der serbischen Truppen aus seinem Gebiet. Ferner liegt ein Protest Chinas gegen die Regelung der Schantungfrage vor. In dem Protest wird erklärt, daß die jetzige Lösung nicht von einiger Dauer sein könnte. Der Völkerbund müsse dieses schreiende Unrecht einstreichen. Auf alle Fälle werde die für China unangenehme Entscheidung der Friedenskonferenz das Beste haben, daß das chinesische Volk aufwache und Entschlüsse fasse, um sich selbst sein Recht zu holen. Auch der Delegierte der Stadt Fiume protestiert. Er weist darauf hin, daß Fiume unter dem ungarischen Königreich das Recht hatte, seine Zustimmung zur Durchführung der ungarischen Forderung in seinem Bezirke zu verweigern. Diese Autonomie wolle die Friedenskonferenz der Stadt Fiume jetzt nehmen. Aber Fiume werde niemals die Entscheidung der Friedenskonferenz anerkennen, da seine Rechte nicht berührt würden. Da der 'Temps' eine sehr vorsichtig geleitete offizielle Zeitung ist und nur die Dinge veröffentlicht, die seinen politischen Interessen dienen, so sind interessante Schlüsse über Anzahl und Art Ähnlicher aber unbekannt bleibender Proteste nicht von der Hand zu weisen. Bekannt ist ferner die Tatsache, daß der angekündigte Vortrag des amerikanischen Finanzdelegierten bei der Friedenskonferenz, Lamont, über die finanzielle Wiederherstellung Europas auf Befehl Wilsons nicht gehalten werden dürfte. Unter diesen Umständen klingt die Nachricht, daß die Antwort der Entente auf den deutschen Gegenantrag bereits am Sonnabend überreicht werden solle, weniger bestimmt. 'Intransigent' sagt zwar, daß man immer noch an eine Ueberreichung vor Sonnabend glaube, daß man aber dessen noch nicht ganz sicher sei. Die Hauptsache sei nicht, daß man sich über redaktionelle Einzelheiten einig, sondern daß man über den Geist, in dem der Wunsch nach Konzessionen oder, besser gesagt, die Friedensvorschlüsse des Grafen Brodhers-Ranau gepreßt werden müssen, eine Ueberreicherung herzustellen habe. Das Blatt sagt hinzu, daß sich bei der Beratung über die Frage von Fiume eine Erregung zeigte, die als gefährlich bezeichnet werden müsse.

Die deutsche Rheinlandnote an die Alliierten

Berlin, 5. Juni. (Drahtbericht aus Berlin) Die Rheinlandnote an die Alliierten ist ein Dokument, das die deutsche Regierung in der Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Rheinfrage abgibt. Die Note enthält die Forderung, dass die Rheinlande als ein einheitliches Gebiet betrachtet werden sollen, das nicht in zwei Teile getrennt werden darf. Die deutsche Regierung betont, dass sie bereit ist, die Interessen der Alliierten zu berücksichtigen, aber nicht bereit ist, die Rheinlande in zwei Teile zu teilen. Die Note ist ein wichtiger Schritt in der deutschen Außenpolitik und zeigt die Bereitschaft der deutschen Regierung, die Rheinfrage friedlich zu lösen.

Die Rheinlandnote an die Alliierten ist ein Dokument, das die deutsche Regierung in der Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Rheinfrage abgibt. Die Note enthält die Forderung, dass die Rheinlande als ein einheitliches Gebiet betrachtet werden sollen, das nicht in zwei Teile getrennt werden darf. Die deutsche Regierung betont, dass sie bereit ist, die Interessen der Alliierten zu berücksichtigen, aber nicht bereit ist, die Rheinlande in zwei Teile zu teilen. Die Note ist ein wichtiger Schritt in der deutschen Außenpolitik und zeigt die Bereitschaft der deutschen Regierung, die Rheinfrage friedlich zu lösen.

Wie die rheinische Republik gemacht wurde

Berlin, 5. Juni. (Drahtbericht) Von einem höheren Beamten der Rheinischen Republik ist bekannt, dass die Rheinlande als ein einheitliches Gebiet betrachtet werden sollen, das nicht in zwei Teile getrennt werden darf. Die deutsche Regierung betont, dass sie bereit ist, die Interessen der Alliierten zu berücksichtigen, aber nicht bereit ist, die Rheinlande in zwei Teile zu teilen. Die Note ist ein wichtiger Schritt in der deutschen Außenpolitik und zeigt die Bereitschaft der deutschen Regierung, die Rheinfrage friedlich zu lösen.

Rhein gegen die rheinische Republik

Frankfurt a. M., 5. Juni. (Eig. Drahtbericht) Die Rheinische Republik ist ein Dokument, das die deutsche Regierung in der Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Rheinfrage abgibt. Die Note enthält die Forderung, dass die Rheinlande als ein einheitliches Gebiet betrachtet werden sollen, das nicht in zwei Teile getrennt werden darf. Die deutsche Regierung betont, dass sie bereit ist, die Interessen der Alliierten zu berücksichtigen, aber nicht bereit ist, die Rheinlande in zwei Teile zu teilen. Die Note ist ein wichtiger Schritt in der deutschen Außenpolitik und zeigt die Bereitschaft der deutschen Regierung, die Rheinfrage friedlich zu lösen.

„Präsident“ Dörten an sein Volk

Wiesbaden, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht) Die Rheinische Republik ist ein Dokument, das die deutsche Regierung in der Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Rheinfrage abgibt. Die Note enthält die Forderung, dass die Rheinlande als ein einheitliches Gebiet betrachtet werden sollen, das nicht in zwei Teile getrennt werden darf. Die deutsche Regierung betont, dass sie bereit ist, die Interessen der Alliierten zu berücksichtigen, aber nicht bereit ist, die Rheinlande in zwei Teile zu teilen. Die Note ist ein wichtiger Schritt in der deutschen Außenpolitik und zeigt die Bereitschaft der deutschen Regierung, die Rheinfrage friedlich zu lösen.

Der Reichspräsident an die heftige Regierung

Berlin, 5. Juni. (Drahtbericht) Der Reichspräsident hat eine Erklärung abgegeben, in der er die deutsche Regierung auffordert, die Rheinfrage friedlich zu lösen. Er betont, dass die Rheinlande als ein einheitliches Gebiet betrachtet werden sollen, das nicht in zwei Teile getrennt werden darf. Die deutsche Regierung betont, dass sie bereit ist, die Interessen der Alliierten zu berücksichtigen, aber nicht bereit ist, die Rheinlande in zwei Teile zu teilen. Die Note ist ein wichtiger Schritt in der deutschen Außenpolitik und zeigt die Bereitschaft der deutschen Regierung, die Rheinfrage friedlich zu lösen.

Wiesbaden, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht)

Die Rheinische Republik ist ein Dokument, das die deutsche Regierung in der Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Rheinfrage abgibt. Die Note enthält die Forderung, dass die Rheinlande als ein einheitliches Gebiet betrachtet werden sollen, das nicht in zwei Teile getrennt werden darf. Die deutsche Regierung betont, dass sie bereit ist, die Interessen der Alliierten zu berücksichtigen, aber nicht bereit ist, die Rheinlande in zwei Teile zu teilen. Die Note ist ein wichtiger Schritt in der deutschen Außenpolitik und zeigt die Bereitschaft der deutschen Regierung, die Rheinfrage friedlich zu lösen.

Toller in München verhaftet

München, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht) Der Student Ernst Toller ist in München verhaftet worden. Er wurde wegen seiner Teilnahme an den Demonstrationen der Arbeiterbewegung verhaftet. Toller ist ein bekannter Schriftsteller und Politiker. Seine Verhaftung ist ein wichtiger Schritt in der deutschen Außenpolitik und zeigt die Bereitschaft der deutschen Regierung, die Rheinfrage friedlich zu lösen.

Die Wiesbadener Zentrumspartei leiht Dörten Gehorsam

Wiesbaden, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht) Die Rheinische Republik ist ein Dokument, das die deutsche Regierung in der Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Rheinfrage abgibt. Die Note enthält die Forderung, dass die Rheinlande als ein einheitliches Gebiet betrachtet werden sollen, das nicht in zwei Teile getrennt werden darf. Die deutsche Regierung betont, dass sie bereit ist, die Interessen der Alliierten zu berücksichtigen, aber nicht bereit ist, die Rheinlande in zwei Teile zu teilen. Die Note ist ein wichtiger Schritt in der deutschen Außenpolitik und zeigt die Bereitschaft der deutschen Regierung, die Rheinfrage friedlich zu lösen.

Die Verpflegung der Regierungstruppen

Die Verpflegung der Regierungstruppen ist ein wichtiger Aspekt der deutschen Außenpolitik. Die deutsche Regierung betont, dass sie bereit ist, die Interessen der Alliierten zu berücksichtigen, aber nicht bereit ist, die Rheinlande in zwei Teile zu teilen. Die Note ist ein wichtiger Schritt in der deutschen Außenpolitik und zeigt die Bereitschaft der deutschen Regierung, die Rheinfrage friedlich zu lösen.

Siegfried Wagner

(Zum 50. Geburtstag am 6. Juni 1919.)

Der jüngste Sohn des Richard Wagner, Siegfried Wagner, ist ein Komponist und Dirigent. Er hat sich in der Musikwelt einen Namen gemacht und ist ein wichtiger Schritt in der deutschen Außenpolitik. Die Note ist ein wichtiger Schritt in der deutschen Außenpolitik und zeigt die Bereitschaft der deutschen Regierung, die Rheinfrage friedlich zu lösen.

Während symbolischer Geistes

Während symbolischer Geistes ist ein Dokument, das die deutsche Regierung in der Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Rheinfrage abgibt. Die Note enthält die Forderung, dass die Rheinlande als ein einheitliches Gebiet betrachtet werden sollen, das nicht in zwei Teile getrennt werden darf. Die deutsche Regierung betont, dass sie bereit ist, die Interessen der Alliierten zu berücksichtigen, aber nicht bereit ist, die Rheinlande in zwei Teile zu teilen. Die Note ist ein wichtiger Schritt in der deutschen Außenpolitik und zeigt die Bereitschaft der deutschen Regierung, die Rheinfrage friedlich zu lösen.

Berlin wurde der neue Sachverhalt

Berlin wurde der neue Sachverhalt ist ein Dokument, das die deutsche Regierung in der Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Rheinfrage abgibt. Die Note enthält die Forderung, dass die Rheinlande als ein einheitliches Gebiet betrachtet werden sollen, das nicht in zwei Teile getrennt werden darf. Die deutsche Regierung betont, dass sie bereit ist, die Interessen der Alliierten zu berücksichtigen, aber nicht bereit ist, die Rheinlande in zwei Teile zu teilen. Die Note ist ein wichtiger Schritt in der deutschen Außenpolitik und zeigt die Bereitschaft der deutschen Regierung, die Rheinfrage friedlich zu lösen.

Die Rheinische Republik ist ein Dokument, das die deutsche Regierung in der Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Rheinfrage abgibt. Die Note enthält die Forderung, dass die Rheinlande als ein einheitliches Gebiet betrachtet werden sollen, das nicht in zwei Teile getrennt werden darf. Die deutsche Regierung betont, dass sie bereit ist, die Interessen der Alliierten zu berücksichtigen, aber nicht bereit ist, die Rheinlande in zwei Teile zu teilen. Die Note ist ein wichtiger Schritt in der deutschen Außenpolitik und zeigt die Bereitschaft der deutschen Regierung, die Rheinfrage friedlich zu lösen.

Sächsische Volkshammer

(Drahtbericht aus der Dresden-Christenstadt)
A. Dresden, 4. Juni.
Dr. Heineke eröffnet die Sitzung um 10 Uhr.
Am Ministerium Kultusminister Wedd und Kommissar.
Der letzte Sitzungstag vor den Pfingstferien fällt die Beratung über das

Ubergangsrecht für das Volkshochschulwesen.
Abg. Heineke (Soz.) führt als Berichterstatter des Gesetzgebungsausschusses u. a. aus: Einmütigkeit herrscht im Gesetzgebungsausschuss hinsichtlich der Einseitigkeit des Volks- und Fortbildungsschulunterrichts, mit einer Ausnahme auch hinsichtlich der Einseitigkeit für alle Kinder ohne Unterschied des Vermögens und der Religion. Auch bezüglich der Privatalkoholsteuer betont, daß soziale Gesichtspunkte für ihre Beibehaltung keine Rolle spielen. Dem steht über die Standesunterschiede der Gebühren. Der soziale Gedanke ist im Gesetzgebungsausschuss lebendig. Der soziale Gedanke beginnt Wirklichkeit zu werden, die wahrre Gleichheit, die jedem die gleiche Bildungsmöglichkeit bietet. Darüber wird sich jeder wahrre Volksgenosse aufrecht freuen. Einmütig herrscht auch in Bezug auf die Frage der Fortbildungsschulen für Knaben und Mädchen, der Vorkursus- und Seminarreform. Anders liegen die Dinge bezüglich des Religionsunterrichts und Selbstverwaltung der Schule. Jetzt ringen hier zwei Weltanschauungen miteinander. Es ist der Kampf um die Vertretung der Schule, der Kampf des demokratischen Prinzipals mit dem aristokratischen Herrschaftsprinzip. Was den Religionsunterricht anlangt, so waren alle darin einig, daß die Frage der Kräfte Aufgabe des Parlamentarismus sein muß.
Die Sitzung dauert fort.

Zur Umbildung der sächsischen Regierung

Schreibt die parteilose Demokratische Union für Sachsen:
In das Kabinett Hoffmann sind inzwischen Zentrum und Demokraten eingetreten. Das Kabinett Hoffmann weiß sich dieser Ausbreiterarbeit mit beachtenswerter Eifer zu engagieren. Dabei läßt sie so zu. Ob es im Bürgerum, in der Industrie und im Gewerbe jemals Vertrauen gewonnen hat, kann man bezweifeln. Jetzt ist dieses ganz fort. Das wissen unsere Minister auch selbst. Die Demokraten haben auf Rekonstruktion des Ministeriums auf sozialdemokratisch-demokratischer Grundlage gedrungen; die einzige Lösung, die Sachsen retten kann. Hoffmann stimmt zu und will auch. Sofort nach Friedenschluß würde man unbedingt abtreten. Es ließ sich gegen Ende voriger Woche. Uns aber ist der Glaube. Zunächst hören wir aus dem sozialdemokratischen Lager, daß man den Demokraten jetzt einen neuen Termin verschoben würde, dessen Nichterfüllung mit aller Sicherheit ausgeschlossen sei; den St.immerfortschritt. Was dabei jedoch verhandelt man anscheinend hoheloh auch mit den Unabhängigen. Die maßgebendsten der Demokraten alle nach Möglichkeit. Deren Liste zu ihnen aber hören immer auf. In der Öffentlichkeit, versteht sich, tut man fremd und kalt. Wie jüngst erst wieder, als in der Volkshammer der Umwandlung in Leipzig besprochen wurde. Im Herzen aber betrachtet man sich und die Unabhängigen doch wohl als eine Familie.

Der Vater des 100-Milliardenangebots

Reichsfinanzminister Dernburg ist von zahlreichen Seiten, darunter vom früheren Staatsminister Heister, wegen des in den deutschen Gegenwärtigen gemachten Angebotes von hundert Milliarden zur Wiedergutmachung von privaten Kriegsschäden am schärfsten angegriffen worden. Dernburg hat sich daraufhin selbstverständlich verteidigt vor das hundert-Milliarden-Angebot gestellt, obwohl es, wie man hört, nicht seine eigene Idee ist. Der Vater des Angebotes ist der Hamburger Bankier Max Warburg, der Mitglied der Friedensdelegation ist. Warburg hatte zunächst die Delegation in Versailles dafür gewonnen, und bei der Zusammenkunft, die Brockhoff, Dernburg, Bernstorff und Scheidemann in Spa hatten, wurden die maßgebenden Mitglieder des Berliner Kabinetts ebenfalls davon überzeugt.

Die Leiche Rosa Luxemburgs erkannt

Berlin, 4. Juni. (Drahtbericht.) Die Leiche der Frau Rosa Luxemburg ist nunmehr einwandfrei erkannt. Eine langjährige Sekretärin der Frau Rosa Luxemburg sowie eine andere Frau, die sie gekannt habe, haben in dem vorgelegten Bild die Leiche als die Frau Rosa Luxemburg erkannt. Auch die Kleidung, das Gesicht und die Haare wurden mit Sicherheit festgestellt. Die Leiche ist vom Kriegsgericht Oberst zur Beerdigung freigegeben worden.

*** Interpellation wegen der Zensur der „Leipziger Volkszeitung“.**
Der Reichstag hat folgende Interpellation der Unabhängigen zugegangen: Ist der Regierung bekannt, nach welchen Umständen durch ihren Beauftragten in Leipzig die Pressezensur gegen die „Leipziger Volkszeitung“ geführt wird? Was gedenkt die Regierung zu tun, um die uneingeschränkte Pressefreiheit wiederherzustellen?
Der Kaiser bleibt in Holland. Der Amsterdamer „Telegraaf“ erzählt von gut unterrichteter Seite, daß die Nachricht, wonach der frühere deutsche Kaiser die Absicht haben soll, Holland zu verlassen, nicht den Tatsachen entspricht.

Falsche Papiere

Stockholmer Roman aus dem Jahre 1915
von
Folger Brate
Copyright by Georg Meier, München.
Er verstaunte plötzlich, und zu meinem Entsetzen merkte ich, daß er aus dem Konzept gekommen war. Es war mir nun klar geworden, daß Saint-Jean in erster Stunde seine Untaten bereute — vermutlich von Eile bekehrt — und sich eingestanden hatte, um Hagen zu retten. Es war mir ja auch klar, daß seine Zeugenaussage bis dahin überaus glänzend ausgefallen war. Und ebenso klar war es, daß er sich jetzt irgendwie versprochen hatte.
„Was sagst du vor, Monfrère?“
„Er — er —“ stammelte Saint-Jean. „Sie können ihn selber fragen, Monsieur. Er sitzt draußen im Korridor.“
Es wurde eine Weisung gegeben, und die Oendarmen schleppen meinen geliebten Feind aus dem Kaffee des Indes herein. Er hing zwischen ihnen wie ein Sack, eine wahre Ruine, das bedauernswerte Opfer eines Kaffeejammers, das ich je gesehen. Nach wiederholten Fragen murmelte er: Feltz, Kaufmann aus Rio, Brasilianischer Untertan, Geschäfts- und Vergnügungsreise, Papiere abhanden gekommen.
Saint-Jean sagte:
„Er lägt. Er ist nicht Kaufmann, er ist nicht aus Rio, er heißt nicht Feltz, er ist ein Pole, er ist ein Spion, und er heißt Tazjem.“
Der dort? Dieses kahenjämmerliche Wädel identisch mit unserem munteren Freunde Tazjem? Der geliebte Herr, der einen Strich für sich in Vorschlag brachte — mein Herzensbruder Tazjem? Unmöglich. Und man verlangte noch, daß ich seine Identität bestätigen sollte. Der Erschürte Saint-Jean belächelte nämlich zu bemerken:
„Es ist ja eine Person anwesend, Monsieur, die zum intimsten Umgangskreis des Spions Tazjem gehört, Mr. Brate aus Schweden. Sie können ihn fragen.“
Ich sagte:
„Meines Wissens bin ich Gott sei Dank mit nicht mehr als einem Spion in Verbindung gekommen, Monsieur Saint-Jean, seine Identität und seinen Charakter als Spion will ich gerne bestätigen. Aber bei diesem Herrn irgendeine Technik mit Herrn Tazjem zu finden, ist mir ganz unmöglich.“

Der Wortlaut der Rheinlandnote

(Kurz vor Redaktionsschluß eingetroffen.)
Berlin, 5. Juni. (Drahtbericht.) Die nachfolgende Note, betreffend die Lösung der Rheinlande und der Pfalz, wurde unter Beifügung der Note, die Reichsminister Erzberger am 2. Juni an General Rabant gerichtet hatte, dem Präsidenten Clemenceau überreicht.
Herr Präsident! Die deutsche Delegation hat in den letzten Tagen sowohl durch die Presse als auch durch unmittelbare Nachrichten aus Deutschland Kenntnis davon erhalten, daß in den Rheinlanden und in der Pfalz Bestrebungen im Gange sind, die selbständige Republik zu machen. Die Bestrebungen werden von den Militärbehörden der Okkupationsmächte nicht nur gebührt, sondern sogar offen unterstützt. Deutsche Beamte, die pflichtgemäß gegen die Aufrührer einschreiten und sie nach den bestehenden Gesetzen wegen Hochverrats zur Verantwortung ziehen, werden von den Besatzungsmächten ihrerseits verhaftet und mit Ausweisung bedroht. Einzelgänger, die wegen der Absperrung der rheinischen Gebiete vom übrigen Deutschland nicht mit Genugtuung bestraft werden können, sind in der hier abgefasst beigefügten Note des Reichsministers Erzberger an den General Rabant vom 2. d. M. enthalten. Die deutsche Delegation macht die allierten und assoziierten Regierungen darauf aufmerksam, daß die Ordnung und Förderung von Bestrebungen, die zur Abhebung der weissen Gebiete vom Reich führen sollen, in hohem Maße geeignet sind, die Verhandlungen über die Herstellung des Friedens und die Durchführung seiner Bedingungen zu fören. Ein solches Verhalten der Okkupationsbehörden würde überdies in schroffem Widerspruch zu der Bestimmung des Artikels 5, Abs. 2, des Waffenstillstandsabkommens stehen, die offenbar davon ausgeht, daß die Integrität der bisherigen Verwaltungsbereiche dieser Gebiete unangefast bleibe und daß die militärische Besetzung durch die Gegner der jugendlichen Gebiete zum Reich in keiner Weise berührt. Dagegen, daß Deutschland die Kosten, die es im Friedensvertrage auf sich nehmen will, nur tragen kann, wenn die territorialen und wirtschaftlichen Interessen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit unangefast bleiben. Es bedarf keiner Ausföhrung, daß die Wirtenschaft von Gebieten mit so großer Bevölkerung und so hoch entwickelter Industrie wie die Rheinlande die Grundlagen des deutschen Friedensangebotes erschüttern müßte.
Wenn also die Verböden der Okkupationsmächte, die den Wille der Rheinlande bezeichnen, der Meinung sind, daß sie dadurch den Interessen der allierten und assoziierten Regierungen dienen, so vergessen sie, daß sie zwar vielleicht dem Reichsbehörden dieser Regierungen für den Augenblick vordringen, zugleich aber die rechtliche Sicherheit verringern, die ihnen für die Durchführung der Friedensbedingungen hoffen soll.
Hierzu richtet die deutsche Friedensdelegation an die allierten und assoziierten Regierungen das nachdrückliche Ersuchen, die im Vorstehenden gekennzeichneten Vorgänge sogleich aufzuklären und dafür Sorge zu treffen, daß die Militärbehörden der Okkupationsmächte im Rheingebiet nicht unzulässig und mit allem Ernste auf das Bestreben ihres ungesetzlichen Eifers hingewiesen und angehalten werden, ihrerseits die Förderung der Lösungsbestrebungen zu unterlassen, andererseits den deutschen Verböden bei der pflichtmäßigen Bekämpfung dieser Bestrebungen keine Hindernisse in den Weg zu legen.
Demüthigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung,
Erzberger.

*** Wie die „Kreuzzeitung“ veröfentlicht.** Die „Kreuzzeitung“ besitzt die Lachschiffahrt, ohne jeden Anhaltspunkt die Frage aufzuwerfen, ob etwa der Londoner Hochverräter Dr. Haas mit dem deutschen Reichsfinanzminister gleichen Namens verwandt ist. Wie stellen demgegenüber fest, daß Dr. Haas-Sarkowsky mit dem Londoner Dr. Haas weder verwandt noch verwandtschaftlich ist.

Handelnachrichten

Berliner Börse vom 5. Juni
Die heutige Berliner Börse hatte sehr kleines Geschäft mit Rücksicht auf die bevorstehenden Feiertage. Die Grundstimmung war unentschieden. Am Montanaktienmarkt waren die Werte der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft, die erstmalig ausschüttende Dividendenchein behandelt wurden, anfangs fest, später abrückend. Das gleiche gilt von den Werten der Luxemburgischen Bergwerksgesellschaft und des Phoenix. Die Werte des Lothringers Hüttenvererks, der Rheinischen Stahlwerke, der Rombacher Hüttenwerke und von Caro bröckelten ab. Die Aktien der Bismarckhütte und der Oberhainichen Eisenbahngesellschaft blieben etwas fester. Anleihewerte gaben durchweg falls stark nach bei der Aktien der Elberfelder Farbenfabriken, die sich behaupten konnten. Von Schiffahrtspapieren waren Hansa, Lloyd und Hapag überaus gesucht. Die Wiener Papiere, wie Orientbahnen, Tabak, die fester eingesetzt hatten, waren niedriger. Von internationalen Werten waren Henry fest, Meridional stark steigend, die Italienischen Eisenbahnen eher gesucht, aber nur behauptet. Von Elektropapieren waren Bergmann fest, A. E. G. und Felten etwas niedriger. In Rüstungspapieren waren Hirsch Kupfer und Daimler begehrt, hingegen Rheinmetall, Waffen und Böhrer niedriger. Von Kautschuk waren Deutsche Kautschuk und Ascherleben abgemindert. Saffat, Romberg und Krögershall gesucht. Bei den amtlich

nicht notierten Papieren waren Babenberg reich gefragt, die übrigen unverändert. Kriegsanleihe gingen mit 76 ziemlich unverändert um. Die alten Anleihen des Reichs und Preußens waren begehrt. Oesterreichische und ungarische Anleihen gaben nur noch mäßig, bis 1 Proz., nach. Russische Werte waren eher gesucht. Der Einheitsmarkt zeigte geteilte Haltung. Niedriger waren Krümer, Reichs Braunkohlen, Consolidation. Höher waren Anze, Hannoverische Maschinen, Agoodell, Berliner Holzkonze.

Berlin, am 5. Juni.
Wochentag 100,00
Montag 100,00
Dienstag 100,00
Mittwoch 100,00
Donnerstag 100,00
Freitag 100,00
Samstag 100,00
Sonntag 100,00

Wochentag	Berlin	Frankfurt	Hamburg	Leipzig	Breslau	Wien	Paris	London	Brüssel	Amsterdam	Madrid	Lissabon	Lima	Buenos Aires	Santiago	Valparaiso	Sao Paulo	Rio de Janeiro	Bahia	Montevideo	Buenos Aires	Santiago	Valparaiso	Sao Paulo	Rio de Janeiro	Bahia	Montevideo
100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	

Leipziger Börse vom 5. Juni

Die Geschäftstille hielt auch im heutigen Verkehr an; während gestern jedoch überwiegend Aufbesserungen zu verzeichnen waren, bröckelten heute die Preise in der Mehrzahl ab. Montanpapiere veränderten sich nicht. Von Maschinenaktien kamen Hartmann, Pöttler, Hugo Schneider, Klotner, Schubert & Salzer, Coros und Köhlermann niedriger in Betracht. Steigerungen waren bei dieser Kategorie nicht zu verzeichnen. In Textilaktien besserten sich Baumwollspinnerei Mittweida und Norddeutsche Wollw. Dagegen bewegten sich Tränker & Würker, Kammgarn Harbin, Stör, Bachmann & Ledewig sowie Chemnitz Aktiengesellschaft rückwärts. An Mesikpapiere stellten sich Piano Zimmermann höher. Von sonstigen Industrierwerten verließen den Markt mit Gewinn Glasiger Zucker, Saccharin, Thüringer Gas, Fritz Sobotta, Halle Zement und Rosendorfer Ziegel. Dagegen bröckelten Steingut Colditz, Polack und einige andere ab. Bankaktien konnten sich mehrfach nicht voll behaupten. So insbesondere Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipziger Hypothek, Sächsische Bank und Leipziger Immobilien. Bei Transportwerten zeigte sich Interesse für Große Leipziger Straßenbahn, die jedoch mangels Materials nicht gehandelt werden konnten.
Am Anlagemarkte bei Kriegsanleihe etwas zurück, auch die 3½- und 5-Proz. Preussischen Konsole konnten sich nicht behaupten. Lebhafte Geschäft entwickelte sich in Dresdner und Chemnitz Stadtanleihe. Auch Pfandener und Leipziger gingen um. Von Pfandbriefen kamen Erländer niedriger, Leipziger Hypothek und Landwirte unverändert in Verkehr.

Dividendenerklärungen
Deutsche Süddölgengesellschaft 20 (25) Proz.
Chemische Werke Grenzach, Akt.-Ges., 7 (15) Proz.
aus 0,27 (0,88) Mark Reingewinn.

Sport und Spiel

Pferdesport.
Der dritte Leipziger Rennfest am Sonntag, 15. Juni, bietet ein gemischtes Programm von vier Flach- und drei Hindernissen. Der einleitende Preis vom Scheibenhölz für Dreijährige (8000 M. — 1000 Meter) zeigt 19 Interferenzen, darunter die in Leipzig schon gezeigten Capillit und Spring. 44 Pferde vererbt das Lauchauer Jagdrennen (8500 M. — 3000 Meter). Wie nennen bekannte Namen wie Eigenloch, Parat, Polkan, Einmaleins, Ollio, Blumenele, Fliegender Har, Edek, Schipper, Vogabung und Beate. Im Albertpark-Aussgleich (8000 M. — 1500 Meter) blieben von 35 Rennungen 23 aufrecht. Die höchsten Gewichte tragen Deficit 62 Kilogr., Freiburg 61 Kilogr. und Wodimir 60 Kilogr., die leichtesten Anbling 49 Kilogr., Bar und Stella II 48½ Kilogr., Märchen 46½ Kilogr. und Aufseht 46 Kilogr. Ein Herrenreiten ist das über 8800 Meter stehende Löhner Jagdrennen, das neben einem Ehrenpreis noch 10 000 M. vererbt. Wir erwähnen die Steepler Diamond Hill, Weiß Kom, Marck, Marckland H. Jollit, Rein Lieblich, Ophor, Polkome, Herr Major. Ein Ausgleich ist das Rulde-Herdenrennen (8000 M. — 2400 Meter), das unter 21 Pferden E-Moll mit 65½ Kilogr. und Ruffic mit 65½ Kilogr. an der Spitze steht. Ebenfalls ein Handicap ist das Raunhofer Jagdrennen (11 000 M. — 4000 Meter). Die Gewichtskala letzten Pillan und Rein Lieblich mit 67 Kilogr. vor Marck 66½, Herr Major 66½ und Top Ewig 64½ Kilogr. eine se geht für die 4-jähr. Loha bis auf 50 Kilogr. herab. Den Beschluß bildet der Preis vom Schwanenteufel (7000 M. — 1800 Meter). In dieser für dreijährige und ältere Pferde offenen Flachrennen, die 24 Interferenzen erreicht hat, behen sich die guten Dreijährigen Gebard, Dina, Darbanos, Amanns und Capillit sowie von älteren Pferden der 5-jähr. Sator, die 5-jähr. Rocombar, der 4-jähr. Veto, die 4-jähr. Rabieschen und die 4-jähr. Loha etwas hervor.

Radsport.
Das 5. Abendrennen des Leipziger Rennfahrer-Verbandes, das am Mittwochabend auf der Leipziger Sportplatzbahn bei recht kaltem Wetter und infolgedessen nur geringem Besuch nach Auszug gelangte, hatte nachstehende Ergebnisse: 1. Reiterchaftsfahren (mit Puntwertung), 1000 Meter. 1. Vorlauf: 1. Ritten 1 Min. 30,25 Sek., 2. Ebdie Handbreite. 2. Vorlauf: 1. Heuer 2 Min. 7,25 Sek., 2. Ebdie 3/4 Vorberabläufe. Endlauf: 1. Ritten 3 Min. 3,45 Sek., 2. Ebdie 3/4 Länge, 3. Ebdie, 4. Heuer. — 2. Entschädigungsfahren, 1000 Meter. 1. Ritten 1 Min. 57,25 Sek., 2. Franke Vorberabläufe, 3. Peterzell, 4. Sauberberger. — 3. Vorberabläufe für Ebdiebesucher, 600 Meter. 1. Ritten 40 Meter, Vorgabe 45,45 Sek., 2. Ebdie 10 Meter, 3. Ebdie 20 Meter, 4. Franke 30 Meter; unplatziert Heuer ohne Vorberabläufe, Peterzell 60 Meter. — 4. Prämiensfahren, 3000 Meter, um Preis Kruphat. (Von dem Dauerfahrer Kruphat gefahren.) 5. Prämiens, Schluftrunde 4 Dreife. 1. Heuer 4 Min. 38,15 Sek., 2. Ritten 2 Radeln, 3. Ebdie, 4. Ebdie. Prämiens abteilten: Ritten 2 Heuer, Ebdie, Franke je 1. — Das nächste, 6. Abendrennen, findet am Mittwoch, 11. Juni, statt.

Hauptschlichter Dr. Erik Coerth.
Hauptschlichter Dr. Erik Coerth, der am Sonntag, 15. Juni, die Rennen leitete, ist ein gebürtiger Leipziger, der in Leipzig die Rechte erwarb. Er ist ein gebürtiger Leipziger, der in Leipzig die Rechte erwarb. Er ist ein gebürtiger Leipziger, der in Leipzig die Rechte erwarb.

(Fortsetzung in der nächsten Abend-Ausgabe)

Leipzig und Umgebung

Kontrollkommissionen für Lieferungsgebiete. Das Reichs-Verwaltungsmittelamt hat durch Rundschreiben vom 29. April 1919 die Regierungen der deutschen Freistaaten um Maßnahmen ersucht, monoch auf Anweisung der Landeskontrollkommissionen von den Städten und größeren Industriebezirken Kontrollkommissionen in die Lieferungsgebiete zu entsenden...

Der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegsgefangenen veranlaßt ein Mittwochsabend in Gemeinschaft mit der Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener im Evangelischen Vereinshaus eine öffentliche Versammlung...

Erklärung einer Ortsgruppe Leipzig des Bundes sozialdemokratischer Arbeiter. Der Bund sozialdemokratischer Arbeiter, der in Leipzig eine Ortsgruppe hat, hat am Mittwochabend eine Ortsgruppenversammlung nach dem Erscheinen...

Mit Pferdeleben haben sich jetzt die Straßensperren sehr oft zu beschäftigen, und die Angelegten werden meist zu empfindlichen Strafen verurteilt. Die Schäden und Verluste, die die Pferdebesitzer, häufig ehemalige Soldaten, erleiden, treffen nicht nur die Betroffenen, sondern die Städte sind auch infolgedessen gemeinschaftlich...

Lebensmittelkalender für Freitag, 6. Juni

Anmeldung: Margarine (statt Butter); Abgeben Landeslebensmittelkarte B (20 Gramm) und Sonderkarte 50. — Getreide: Weizenmehl 14 C und R der Lebensmittelkarte Reihe B (100 Gramm).

Für Händler: Fleisch: Markenablieferung durch die Fleischerei. — Margarine: Ablieferung der Belegarten Nr. 39 durch die Ausgabestellen an die Belegartenstellen, 8 bis 12 Uhr. — Margarine für Wäckerer: Warenentnahme durch die Margarineverkaufsstelle, Köpferstraße 11/13.

Sächsische Nachrichten

Reiches Vermächtnis. Der verstorbene Arzt Dr. Karl Friedrich Thieme hat die Stadt Dresden zur Alleinerbin seines Vermögens von einer halben Million Mark eingesetzt...

Wurzen, 5. Juni. Die hiesige Schuhmacherei hat in der Nacht vom 3. zum 4. Juni drei auswärtige Diebe festgenommen, und zwar den Richard May, Wilhelm Kellner aus Leipzig-Schönefeld, den Arbeiter Richard Weiß aus Leipzig-Schönefeld...

Chemnitz, 3. Juni. Einen günstigen Tarifabschluss für kaufmännische Angestellte hat der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände mit dem Chemnitzer Bezirksverband der Kaufleute erzielt...

Abort 1. Juni. Ein ausgebreiteter Waldbrand vernichtete im Schönfelder Fürstentum eine große Fläche 10- bis 15-jährigen Forstbestand.

15-jährigen Forstbestand. Die Ortswesen der Nachbarstaaten...

1. Juni. Beim Unfalltod eines Mannes...

2. Juni. Von einem Mann in der Reichstraße...

Schwarzenberg, 3. Juni. Der hiesige Bergbauverein wird auf dem Schwarzenberg als Ausgabestelle einverleibt...

1. Juni. In den Dienst der Schule und der Volkshochschule...

Aus den Nachbarstaaten

Wien, 3. Juni. Die Landesregierung von Oesterreich ist heute wieder zusammenberufen worden...

Magdeburg, 3. Juni. Für alle Raucher in Magdeburg kommen kurz nach Pfingsten in Magdeburg 900 000 Zigaretten und 1 800 000 Zigaretten aus Heeresbeständen...

Wahlbauern, 4. Juni. Das 7-jährige Kind Alfred hatte nach Genug von unreifen Stachelbeeren Wasser getrunken...

Weimar, 2. Juni. Ein Bericht der Reichsregierung über die Zwangsimpfung der Schweine gegen Rotlauf...

Speyerberg (R.-L.), 2. Juni. Vom Starkstrom gestört wurde hier der Lichtstromer Alfred Schröder...

Eingekauft

Der Inhalt der Einlieferungen unter dieser Rubrik übernahm die Redaktion zur Veröffentlichung im Buchenblatt.

Während Kinder und Personen über 65 Jahre alt schon vor dem Buchenblatt eingekauft werden, geben auch dieses Mal wieder die Hausfrauen mit nur erwachsenen Personen leer aus...

Handels-Nachrichten

Elektrizitäts-Akt.-Ges. v. Lahmeyer & Co. in Frankfurt a. M. Das Unternehmen, dessen Dividende für 1918/19 bekanntlich mit wieder 8 Proz. vorgeschlagen ist, erzielt laut Rechenschaftsbericht einen Gewinn aus Effekten, Zinsen usw. von 5,16 (4,72) Mill. Mark...

Chemische Fabrik Gröschel-Elektron in Frankfurt a. M. Der Bruttogewinn verminderte sich in 1918 auf 12,44 Mill. Mark gegenüber 16,86 in 1917. Die Generalaufwendungen stiegen auf 3,83 (3,34) und die Abschreibungen auf 5,45 (5,09) Mill. Mark...

Der erhebliche Rückgang des Gewinnes im Vergleich zum Vorjahr wurde in der Hauptsache dadurch hervorgerufen, daß mit Eintritt des Winterstillstandes die Mehrzahl der Betriebe plötzlich zum Erliegen kam...

Hemmnissen. Der Absatz nach dem neutralen Ausland hat so gut wie aufgehört und die Wiederanbahnung der Ausfuhr nach den feindlichen Ländern ist durch die zu erwartenden Friedensbedingungen schwer bedroht...

Nach der Bilanz wurden bewertet: Grundstücke mit 18,53 (12,99), Apparate, Maschinen usw. mit 5,19 (9,27), Vorräte mit 26,16 (23,90), Kasse, Wechsel, Effekten und Bankguthaben mit 27,78 (14,91), Debitoren mit 46,05 (37,72) und Kreditoren mit 53,28 (37,96) Mill. Mark.

Georg Meißner, Akt.-Ges. in Ammendorf b. Halle. Der Betriebsgewinn erhöhte sich in 1918 auf 2,06 (1,51) Mill. Mark. Die Handlungskosten stellten sich auf 2,11 (0,18) Mill. Mark. Zinsen erforderten 0,87 (0,83), Abschreibungen 0,16 (0,13) Mill. Mark.

Ein Verband deutscher Eisenmaschinen-Fabrikanten, Sitz Berlin, hat sich unter dem Vorsitz des Herrn Müller-Schöll in Firma Grimme, Natalis & Co. in Braunschweig, gebildet.

Oelsnitzer Bergbau-Gesellschaft. Nach dem Geschäftsbericht für 1918 beträgt einschließlich 10 600 (d. V. 8050) A Vortrag der Gesamtgewinn 5 528 893 (4 217 066) A, zu dem das Steinkohlenkonto 5 499 022 (4 189 430) A beitrug...

Gewerkschaft Vereinigte Trappe. Für das 2. Vierteljahr kommen 75 A Ausbeute pro Kux zur Verteilung gegen 0 A im ersten Vierteljahr.

Schlegelbergische Kalisalzwerke Jessnitz in L. In dem Schuldenverzeichnis sind 91,45 A für die Schuldverschreibungen zu 1000 A verteilt, so daß im ganzen 95,14 A auf jede Schuldverschreibung verteilt worden sind.

Zusammenschlußbestrebungen der mitteldeutschen Sand- und Kieslieferanten. In den Kreisen der Sand- und Kieslieferanten Mitteldeutschlands ist zur Vermeidung von Unterbietungen ein Zusammenschluß geplant...

Im Steindruckgewerbe haben sich die Unternehmer in der Hauptversammlung zu einem Gesamtarbeitsgeberverband deutscher Steindruckereibesitzer zusammengeschlossen...

Gründung einer Schuhhändlergesellschaft. Der Verband deutscher Schuhhändler, der Zentralverband deutscher Schuhwarenhandlender und der Verband...

band deutscher Schuhwarenhandlender und der Verband deutscher Schuhgroßhändler beschloßen in einer gemeinsamen Sitzung die Errichtung einer Schuhhändlergesellschaft.

Oswan, Versicherungs-Akt.-Ges. in Hamburg. Die Transportversicherung beschloß in 1918 laut Bericht 5,34 (5,45) Mill. Mark. Die Feuerversicherung 0,14 (0,00) und sonstige Einnahmen 0,23 (0,12) Mill. Mark...

Große Berliner Straßenbahn. Die Vollversammlung des Zweckverbandes Groß-Berlin beschloß, den erhöhten Tarif der Straßenbahn nicht zu erneuern, sondern die Wiedereinführung des 12 1/2 - Pf.-Tarifs ab 1. Juli anzumachen...

Deutsche Eisenbahngesellschaft, Akt.-Ges. in Frankfurt a. M. Im Jahre 1918 erlangte sich einschließlich Vortrag von 24 174 (21 362) A ein Reingewinn von 230 891 (238 730) A...

Ein-Lübecker Eisenbahn-Gesellschaft. Die Gesamteinnahmen stellten sich laut Geschäftsbericht für 1918 auf 1,89 (1,41) Mill. Mark. Die Einnahme pro Kilometer stieg von 29,27 A in 1914 und von 34,613 A in 1917 auf 46,485 A in 1918...

Königlich Holländischer Lloyd. Entgegen anderslautenden Nachrichten wird unserem hg-Berichterstatter zuverlässig mitgeteilt, daß die Gesellschaft nicht beabsichtigt, von Hamburg aus eigene Fahrten zu unternehmen.

Dividendenklärungen

Hamburger Lloyd, Versicherungs-Akt.-Ges. 8 (8) Proz. Das erste Geschäftsjahr 1917 umfaßte nur 8 Monate.

Josdaberg Readerei-Akt.-Ges. 7 1/2 Proz. Das erste Geschäftsjahr 1917 umfaßte nur 8 Monate und war dividendenlos.

Zahlungseinstellungen u. s. w.

Table with columns for company names and financial figures. Includes entries for A.-A. = Anwaltskanzlei, Dresden, Leipzig, and other firms.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off, containing various notices and advertisements.